

[Startseite](#) | [Schweiz](#) | 10-Millionen-Initiative: Beat Jans warnt vor Risiken

Abo [Podium zur 10-Millionen-Schweiz](#)

Jans sagt: «Zeichen setzen ist etwas für Typografen» – und der Ökonom kontert: «Diese Initiative ist grossartig»

Sorgen die Frustwähler für ein Ja? An der Podiumsdebatte des «Tages-Anzeigers» zur sogenannten Nachhaltigkeitsinitiative appelliert das Nein-Lager an die Bevölkerung – und der SVP-Asylchef relativiert.



Anna Luna Frauchiger

Publiziert heute um 06:52 Uhr



Ein Bundesrat warnt vor den «Risiken und Nebenwirkungen einer Initiative»: EJPD-Vorsteher Beat Jans am Abstimmungspodium des «Tages-Anzeigers».

Foto: Urs Jaudas

In Kürze:

- Bundesrat Beat Jans warnte am Podium des «Tages-Anzeigers» erneut eindringlich vor den Folgen der 10-Millionen-Initiative.
- SVP-Nationalrat Pascal Schmid betonte, die Initiative lasse weiterhin viel Zuwanderung zu.
- FDP-Ständerätin Petra Gössi kritisierte einen Bevölkerungsdeckel in der Verfassung scharf.

«Lesen Sie die Packungsbeilage». Diese Aufforderung hört man nicht alle Tage von einem Bundesrat. Beat Jans aber forderte das Publikum am Abstimmungspodium des Tages-Anzeigers zur 10-Millionen-Initiative am Freitagabend auf, «alles über die Risiken und Nebenwirkungen dieser Initiative» zu lesen – im Abstimmungsbüchlein.

Der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD) eröffnete den Abend mit einem Referat. Und er wandte sich direkt an alle Frustwählerinnen und -wähler: «Zeichen setzen ist etwas für Typografen.» Jans, der [seit Wochen im ganzen Land gegen die Initiative weibelt](#), liess auch an diesem Abend ein Hauch von Verzweiflung in seiner Stimme mitschwingen.

Der Ökonom [Reiner Eichenberger](#) gehört zu denen, die mit einem Ja zur Initiative ein Zeichen setzen wollen: «Es braucht einen Impuls», sagte er in der Debatte: «Ich bin oft nicht einverstanden mit der SVP, aber diese Initiative ist grossartig.»

Ganz anderer Meinung ist FDP-Ständerätin Petra Gössi: In einem Verfassungsartikel einen Bevölkerungsdeckel festzusetzen, sei falsch, betonte sie. «Das müssen auch wir als Liberale aufzeigen.» Für das Podium hatte sie den Initiativtext ausgedruckt und appellierte an alle Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, ihn genau zu lesen.



«Das gehört nicht in die Verfassung», sagt FDP-Ständerätin Petra Gössi zum Bevölkerungsdeckel der SVP.

Foto: Urs Jaudas

Ob all dieser dringlichen Aufrufe versuchte Pascal Schmid zu relativieren. Der SVP-Nationalrat aus dem Thurgau ist Asylchef der Partei. «Wir haben noch viel Platz für Zuwanderung», so Schmid. Und er nannte die Zahlen aus dem Initiativtext: Sollte die Schweiz die 10-Millionen-Grenze im Jahr 2050 erreichen, könnten bis dahin während 24 Jahren jährlich weitere 40'000 Personen einwandern. Laut Schmid sind das immer noch vier oder fünfmal mehr als der Bundesrat 2002 bei Inkrafttreten des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU versprochen habe.

Wenn also Bundesrat Beat Jans vor den Folgen für das Gesundheitswesen warne und Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone betone, dass unser Land ohne die Unterstützung von Fachkräften aus der EU auf dem Bau, in Restaurants, KITAS und Spitälern nicht laufen würde, sei das reine Angstmacherei, sagte Schmid.

Viel eher müsse man dafür sorgen, «dass mehr kommen, die wirklich arbeiten», so Schmid weiter. Deshalb wolle die SVP auch als Erstes bei den Asylsuchenden ansetzen, die «aus einem ganz anderen Kulturbereich stammen» und «Probleme ins Land bringen».



Aus der Masseneinwanderungsinitiative, die bis heute nicht richtig umgesetzt worden sei, habe die SVP ihre Lehren gezogen, sagt Nationalrat Pascal Schmid: Dieses Mal habe man keine konkreten Kontingente festgelegt.

Foto: Urs Jaudas

Als der SVP-Nationalrat auf dem Podium sagte, alle vorläufig aufgenommenen Flüchtlinge seien kriminell und sollten deshalb nicht mehr vom Familiennachzug profitieren dürfen, wurde es laut im Saal. «Das ist falsch!», rief Mazzone. Gössi ergänzte: Im vergangenen Jahr seien nur 103 Personen über den Familiennachzug von vorläufig aufgenommenen Personen in die Schweiz gekommen. Wer das stoppe, bremse die Zuwanderung nicht.

Trotz aller Übergangsbestimmungen, die die SVP zu ihrer Initiative formuliert hat, bleibt ungeklärt, was passiert, wenn die [Schwelle von 10 Millionen](#) erreicht ist. «Damit Menschen reinkom-

men können, müssen andere raus?»), hatte Jans in seinem Vortrag gefragt. Und Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone wollte von Pascal Schmid wissen, ob dann Arbeitskräfte in der Landwirtschaft, Pflege, Logistik oder Gastronomie bevorzugt würden.

Nach der Masseneinwanderungsinitiative setzt die SVP nicht mehr auf Kontingente

Schmid kam daraufhin zum wiederholten Male auf die Masseneinwanderungsinitiative von 2014 zu sprechen: Damals habe die SVP noch konkrete Mittel und Kontingente definiert – erfolglos –, heute hätten sie deshalb bewusst nur Ziele formuliert.

Der Ökonom Eichenberger hingegen entzog sich der realpolitischen Diskussion weitgehend. Das Problem seien gar nicht die 10 Millionen: «Das Problem ist, wenn der Bundesrat meint, es braucht ein Prozent Bevölkerungswachstum pro Jahr.» Die Zuwanderung kurble das Wirtschaftswachstum weit weniger stark an, als der Bundesrat behaupte.



Der Ökonom Reiner Eichenberger von der Universität Fribourg fordert eine selektive Zuwanderung und findet die Initiative der SVP grossartig.

Foto: Urs Jaudas

Eichenberger stellte sein eigenes Modell vor: eine Aufenthaltsprämie, um die Zuwanderung zu steuern. Wer in die Schweiz einwandere, solle einen Beitrag bezahlen, der an die Bevölkerung umverteilt werde. Das sei fair, findet Eichenberger: Denn ein Deutscher in der Schweiz verdiene hier über sein Erwerbsleben ungefähr 1.5 bis 2 Millionen Franken mehr als im Heimatland, und das kaufkraftbereinigt.

Gössi und Mazzone: 10-Millionen-Initiative löst keine Probleme

Doch mit der Initiative habe das wenig zu tun, sagte Petra Gössi auf dem Podium. «9.5 Millionen, das ist morgen»: Und wenn diese erste Schwelle erreicht sei, müsse der Bund laut Initiativtext Massnahmen treffen beim [Familiennachzug](#). Der wiederum ist laut Gössi Bedingung für die Personenfreizügigkeit mit der EU: «Wenn man dort etwas berührt, gefährdet man sofort den bilateralen Weg.» Gar nicht so schlimm, fand wiederum Schmid: Vor 2002 sei es der Schweiz bestens gegangen ohne Personenfreizügigkeitsabkommen.



Ihre Wohngemeinde im Kanton Genf sei die bevölkerungsreichste der Schweiz, sagt Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone: «Und man lebt dort sehr gut.»

Foto: Urs Jaudas

Dass die SVP-Initiative die Probleme nicht löse, die sie zu lösen verspreche, wiederholten Gössi und Mazzone an diesem Abend unablässig. Aus ihrer Perspektive sähe ein geschickter Umgang mit dem Bevölkerungswachstum anders aus, so Mazzone: «Ich mache gerne Deals mit der SVP, wenn sie helfen will, die Zersiedelung zu stoppen, sich für höhere Löhne einzusetzen oder sich gegen die Spekulation im Immobilienbereich zu wehren.»



Von Dringlichkeit geprägt: Das «Tages-Anzeiger»-Podium zur 10-Millionen-Initiative mit Raphaela Birrer, Pascal Schmid, Reiner Eichenberger, Petra Gössi und Lisa Mazzone (von links) (22. Mai 2026).

Foto: Urs Jaudas

Als «Tages Anzeiger»-Chefredaktorin Raphaela Birrer die Podiumsteilnehmenden zum Schluss nach ihren Abstimmungsprognosen fragte, sagte Gössi: «Mein Bauchgefühl sagt, die Initiative kommt knapp durch. Aber meine Hoffnung sagt, dass wir die Leute noch überzeugen können.»

NEWSLETTER

Der Morgen

Der perfekte Start in den Tag mit News und Geschichten aus der Schweiz und der Welt.

Weitere Newsletter

Einloggen

Anna Luna Frauchiger ist Volontärin und absolviert die Diplombildung Journalismus am MAZ. Sie hat in Zürich Wirtschaftsgeschichte studiert. [Mehr Infos](#)

✕ @alfrauchiger

Fehler gefunden? [Jetzt melden.](#)

11 Kommentare